

Metastasen in Europa

bergsicht



KAPITEL 1

Ausnahmezustand in Brüssel

Eine Woche nach den blutigen Anschlägen auf Ziele in der französischen Hauptstadt musste der belgische Premierminister Charles Michel den Ausnahmezustand über Brüssel und einige andere neuralgische Regionen und Ortschaften im Land verhängen. Geschlossene Schulen und Universitäten, ausser Betrieb gesetzte Mittel des öffentlichen Verkehrs, menschenleere Einkaufszentren, Polizei- und Militärpräsenz an allen Ecken und Enden der nicht nur belgischen, sondern auch europäischen Hauptstadt – ein Bild, das nicht so rasch vergessen gehen wird. Denn es ist Symbol für Dysfunktionalität, Ratlosigkeit und Desillusion, wie es deutlicher und ernsthafter nicht ausfallen könnte.

Dysfunktionalität: Wenn der Regierungschef eines Landes, das nebst seiner eigenen nationalen Infrastruktur immerhin auch die Schaltzentralen der gesamten Europäischen Union sowie der NATO auf dem kleinen Raum einer südflandrischen Stadt beherbergt, zugeben muss, «dass man eben nicht genau wisse, wer an welcher Adresse im Quartier Molenbeek wohnt», dann kann in der Wahrnehmung elementarer Aufgaben des betreffenden Landes etwas nicht stim-

men. Molenbeek liegt knapp fünf Kilometer vom Gebäude der EU-Kommission entfernt. Selbst wenn es den schwer zu fassenden und zu bekämpfenden IS-Terror nicht gäbe, müsste ein derartiger *Schlendrian* als krasse Unterschätzung einer gesteigerten Verantwortung qualifiziert werden. Wer Zentrum Europas sein will, muss auch die Konsequenzen tragen, die sich in Bezug auf die innere Sicherheit ergeben.

Ratlosigkeit: Bei offenbar akuter Terrorgefahr eine pulsierende Hauptstadt lahmzulegen, ist eine mögliche Verhaltensweise. Sie schützt in erster Linie die Behörden vor allfälligen Vorwürfen, nichts getan zu haben, falls etwas geschehen würde. Hinreichend und nachhaltig ist das Vorgehen aber gewiss nicht. Denn erstens kann ein Ausnahmezustand nicht lange konsequent aufrechterhalten werden, zumal in einer Mehrfach-Hauptstadt vom Zuschnitt Brüssels. Zweitens spielt es den Verursachern von Terror insofern in die Hand, als genau das geschieht, was sie sich im besten Fall von ihren tödlichen Manövern erhoffen können: Das normale Leben im zivilisierten Westen tiefgreifend zu erschüttern. Drittens ereignen sich Terroranschläge typischerweise eben gerade nicht dann, wenn man sie «offenbar akut» erwartet, sondern an friedlichen Feierabenden wie jenem vom Freitag, 13. November 2015, in Paris. Terroristen-Schläfer können warten, das ist das Problem.

Desillusion: Wer wohligh und auch ziemlich unbedarft-gleichgültig der Meinung gewesen ist, irgendwer aus irgendeiner Institution irgendeiner hierarchischer Stufe werde «es» schon richten, sieht sich eines Besseren belehrt. Die Realität ist deutlich schlimmer, als man es gerne hätte. Die Öffentlichkeit wurde über die letzten Jahre laufend mit schönrednerischen Erfolgsmeldungen über Stabilität, Frieden, Wohlstand, Wachs-

tum, Solidarität, Nachhaltigkeit und dergleichen mehr eingedeckt. In Tat und Wahrheit ist die Kontrolle über das Geschehen sozusagen überall entglitten. Weder kennt Molenbeek seine Einwohner, noch wurden und werden in Europa die ankommenden Flüchtlingsströme systematisch registriert, noch wissen wir, wie sie über die Länder verteilt und dort integriert werden sollen. Frankreichs Präsident François Hollande kündigte einen «totalen Krieg» gegen den IS an. Selbst wenn dieser Feind wirklich greifbar wäre, weiss jedermann, dass dazu den Franzosen die Mittel weitgehend fehlen. Nicht zu reden von der übergeordneten Stufe der EU und ganz zu schweigen von den meisten anderen Mitgliedsländern. Zwischen Vorstellungen und Tatsachen klafft eine immer deutlicher werdende Lücke.

Das ist der Zustand unseres Kontinents am Ende des Jahres 2015. Eine Art Ausnahmezustand, nämlich jener des mehrfachen Organversagens. Er beschränkt sich nicht auf die belgische Stadt Brüssel. Vielmehr ist er systemischer Natur. Der Terror des IS trifft auf einen Organismus, der seinerseits schon schwer angeschlagen ist und der deshalb kaum die richtigen Immunreaktionen auszulösen in der Lage ist. Der Eindruck, dass zu Vieles und zu Wichtiges ausser Kontrolle geraten ist, macht *Angst* und verändert die politischen Kräfteverhältnisse in den einzelnen Ländern. Es gilt, die Lage sorgfältig zu analysieren.

KAPITEL 2

Verlorene Ortschaften

Die durch den Terror in Paris lahmegelegte europäische Hauptstadt Brüssel als Sinnbild für mehrfachen Organversagen knüpft sich an die Namen dreier anderer Ortschaften in Europa, denen mindestens so viel Symbolcharakter zukommt: Maastricht, Dublin und Schengen. Sie standen einmal für Grundsätze des Zusammenlebens innerhalb der Europäischen Union und darüber hinaus. Alle drei sind durch ihre fortgesetzte Verletzung obsolet geworden. An ihre Stelle müssten neue Grundsätze treten, ansonsten das geordnete und damit friedliche Zusammenleben nur noch schwer denkbar sein wird. Die kommenden Monate und Jahre werden entscheidend dafür sein, ob, wann und wie sich solche neuen Grundsätze entwickeln werden und, letztlich, ob Europa im globalen Kontext noch eine Chance haben wird. So eindeutig ist das nicht.

«Maastricht» bildete die Grundlage für die Europäische Währungsunion und setzte Regeln für das Verhalten der Mitgliedsländer in Bezug auf ihre fiskalische Situation und Tätigkeit. Obergrenzen für die Verschuldung und das laufende Budget standen neben der eindeutig statuierten *Nichtbeihilfeklausel* im Falle einer Überschuldung. Als erste Verletzten die beiden wirtschaftlich wichtigsten Länder Deutschland und

Frankreich den Maastricht-Vertrag, als sie 2002 respektive 2003 die Verschuldungsobergrenze überschritten. Kurz zuvor war die Aufnahme von Ländern wie Griechenland oder Zypern in die Währungsunion erfolgt, obwohl bekannt war, dass deren Rechnungslegung in vielfältiger Weise geschönt war und den strengen Kriterien von Maastricht nie und nimmer standhalten würde. Dank der – sich schlussendlich als richtig erweisenden – Annahme der Finanzmärkte, die *Nichtbeihilfeklausel* käme im Notfall *nicht* zur Anwendung, konnten sich alle fiskalisch schmalbrüstigen Länder Europas zum Tarif Deutschlands finanzieren, was denn auch rege in Anspruch genommen wurde. Die fortgesetzte Verletzung von Maastricht beziehungsweise Maastricht als folgenreiche Illusion führte in Europa zu massiven volkswirtschaftlichen Verzerrungen und schliesslich zur Banken- und Staatsschuldenkrise, die bald einmal ihr trauriges zehnjähriges Jubiläum feiern kann. Dass ein Systemkollaps bis anhin ausblieb, ist auf den Umstand zurückzuführen, dass der Eurozone mit der Europäischen Zentralbank eine Institution zur Verfügung steht, die dank der Reputation der in ihr aufgegangenen Deutschen Bundesbank über sozusagen unbeschränktes Vertrauen und damit über unbeschränkt tiefe Taschen verfügt. Mit immer neuen Liquiditätszusagen werden laufend neu aufflammende Brandherde geschwemmt und gelöscht.

Schwieriger gestalten sich die Verhältnisse dagegen in jenen Bereichen, welche mit realen Gegebenheiten zu tun haben, «Dublin» und «Schengen» nämlich. Mit dem Abkommen von Dublin versuchte man, in Europa das Problem des Abschiebens von Flüchtlingen von einem Land ins andere zu unterbinden. In der irrigen Annahme, dass Flüchtlingsströme mehr oder weniger gleichmässig auf die einzelnen Länder träfen, etablierte man das sogenannte Erstasylland-Prinzip, gemäss welchem die Last der Registrierung und Unterbringung jenem Land zufällt, in welchem ein Flüchtling zuerst auftaucht. Schon aus rein geografischen Gründen gibt es allerdings exponiertere und weniger exponierte Länder. Deshalb wurde Dublin von Beginn weg von Erstasylländern wie Italien oder Griechenland absichtlich verletzt. Sie liessen und lassen Flüchtlinge in andere Erstasylländer diffundieren. Im Dublin-Vertrag vermieden es die Signatarstaaten, das Problem gesamtheitlich anzugehen, indem beispielsweise die Lastenverteilung zwischen Erstasyll- und Drittländern geregelt worden wäre. Dublin suggerierte eine Gesamtlösung, entsprach aber gewiss nie einer solchen. Die heutige Flüchtlingskrise ist das Resultat eines von Anfang an nicht hinreichend geregelten, fehlerhaften Konstrukts. Das Problem: Flüchtlingsströme bestehen aus Menschen mit ihren eigenen Schicksalen. Hier kann keine EZB mit Liquidität helfen. Vielmehr müssen die Menschen real untergebracht und versorgt werden. Am Ende wird über Quoten und Kosten gestritten. Den «Lender of Last Resort» wird nicht einmal Deutschland spielen können, so sehr das auch von der Bundeskanzlerin gewünscht wurde.

Ähnlich verhält es sich mit dem dritten Ortsnamen, Schengen. Auch hier geht es um Reales. Um Verbrecher nämlich, welche die öffentliche Sicherheit gefährden. Mit dem Vertrag von Schengen wollte man die kleinräumigen Grenzkontrollen in Europa schleifen. Dies einerseits, weil solche nicht zu einem funktionierenden Binnenmarkt zu passen schienen, und andererseits, weil man sich von neuen Methoden zur Kontrolle von Personen und ihren Bewegungen von Ort zu Ort und Land zu Land Mehr und Besseres erhoffte. Schengen war von Beginn weg verknüpft mit *Versprechungen eines neuen Sicherheitssystems*, das mit der Kleinstaateri aufräumen und durch Synergien bessere Resultate erzeugen sollte. Zumindest mit Blick auf den internationalen Terrorismus muss man heute ernüchert feststellen, dass die Ziele nicht erreicht wurden. Die Attentäter von Paris kamen grossmehrheitlich aus dem Nachbarland Belgien und die Waffen anscheinend aus Deutschland. Man kann mit Kalaschnikow und Sprengstoff problemlos nach Frankreich einreisen. Eine lasche Einbürgerungspraxis erleichtert das «Geschäft» für die Kriminellen zusätzlich. Die meisten Täter sind Bürger eines europäischen Landes. Der operative Raum des internationalen Terrorismus erstreckt sich deshalb über den ganzen Kontinent. England, durch die natürliche Grenze des Ärmelkanals geschützt und zudem auch nicht Mitglied von Schengen, ist demgegenüber deutlich schwerer erreichbar. Die Schweiz kaschiert ihre ziemlich systematischen Personenkontrollen, welche nach Schengen unzulässig wären, mittels Zollkontrollen. Offenbar mit einiger Wirkung.

Maastricht, Dublin, Schengen: In allen drei Fällen meinte man, die subsidiären, zwar unterschiedlich wirksamen, aber immerhin funktionierenden Institutionen der einzelnen Mitgliedländer durch eine gemeinschaftliche Struktur ersetzen zu können. Gleichzeitig verlieh man den neuen, übergeordneten Entitäten aber weder Kompetenzen noch Mittel, um wirksam werden zu können. Maastricht hatte von Beginn an keine Zähne und war infolge Desavouierung durch Deutschland und Frankreich moralisch entleert. Trotz beziehungsweise gerade mit Dublin sah man dem Treiben der Italiener zu, ja, sah noch von der sich anbahnenden menschlichen Tragödie weg, als mehr und mehr Boote im Mittelmeer kenterten. Auf EU-Ebene fehlen schlicht die Mittel, um die Aussengrenzen des mittlerweile zum *riesigen Flächenstaat* gewordenen Gebildes zu schützen. Dass man nun die Türkei um Hilfe im Flüchtlingsdrama bitten muss, spricht Bände. Die zur Schau gestellte Hilflosigkeit wird sich in einem immensen Preis rächen, bei dem die zur Diskussion stehenden drei Milliarden Euro nur ein Klacks sind. Dass sich die innere Sicherheit in Europa mit Schengen verbessern lässt, glaubt mittlerweile niemand mehr. Frankreich bittet nunmehr auf bilateralem Wege um bessere Zusammenarbeit, also so, wie man das in der Zeit vor Schengen tat.

In drei Politikbereichen, nämlich der Geldverfassung, der Einwanderungs- und Bevölkerungspoli-

tik sowie im Bereich der inneren Sicherheit, herrscht mit anderen Worten in Europa eine ausgesprochene *Verfassungs- und Institutionenkrise*. Mittlerweile eingetretene Unfähigkeit und Untätigkeit auf untergeordneter Ebene ist gepaart mit einer völlig übertriebenen Erwartungshaltung an das übergeordnete Wesen, dem aber die Mittel zur Entfaltung einer entsprechenden Wirksamkeit weitgehend fehlen. Europa ist kein zufälliges Ziel für Attacken aller Art, das ist zurzeit die bittere Einsicht. Von «Failed State» wollen wir noch nicht reden, aber es geht in diese Richtung. Im Falle von Belgien dürfte der Zustand schon weitgehend erreicht sein.

KAPITEL 3

Nur asymmetrisch?

Nachdem in Paris die Bomben beim Stade de France hochgegangen waren und im Bataclan-Theater das Blutbad angerichtet worden war, sprach man rasch wieder von der grossen Problematik der Asymmetrie, die zwischen den Sicherheitskräften eines Staates und den angreifenden Terroristen herrsche. Es lohnt sich, bei diesem Begriff ein wenig zu verweilen. Er besagt, dass Macht und Verletzlichkeit von Angreifern und Angegriffenen auseinanderklaffen. Die bisherigen grossen machtpolitischen oder kriegerischen Auseinandersetzungen, also zum Beispiel der Erste oder der Zweite Weltkrieg, liefen nach dem Prinzip mehr oder weniger symmetrischer Voraussetzungen auf beiden Seiten der Konfliktparteien ab. Beide Seiten verfügten über ein spezifisches Bedrohungspotential und über ein spezifisches Mass an eigener Verletzlichkeit. Der Gang der Dinge wurde im wesentlichen bestimmt durch die Fähigkeit der Konfliktparteien, ihr Bedrohungspotential zu steigern und ihre Verletzlichkeit zu minimieren. Der Zweite Weltkrieg ging zu Ende, weil Nazideutschland sein Bedrohungspotential völlig verschleudert hatte und sich gegen Luftangriffe nicht mehr wehren konnte, also völlig verletzlich wurde. Im Falle von Japan mussten die ersten Nuklearwaffen eingesetzt werden, um die Verletzlichkeit ultimativ vor Augen zu führen. Im Kalten Krieg hielt das Gleichgewicht des Schreckens das Bedrohungspotential und die Verletzlichkeit beider Konfliktparteien in einem Pattzustand; das Ende der einen Konfliktpartei erfolgte durch Selbstauflösung nicht aus kriegerischen, sondern aus gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Gründen.

Terroristen verfügen über ein zwar erhebliches, aber quantitativ letzten Endes doch beschränktes Bedrohungspotential. Sie sind jedoch, und das macht den Terrorismus derart unheimlich, letztlich fast unbeschränkt *unverletzlich*. Die Gegenseite hat zwar ein deutlich höheres Bedrohungspotential, ist aber

gleichzeitig auch *enorm verletzlich*. Das ist der Calculus des Kriegs gegen den Terror. Die Unverletzlichkeit der Terroristen liegt in ihrer Gleichgültigkeit, ja ihrer Bereitschaft, für ihre Sache zugrundezugehen, die enorme Verletzlichkeit der zivilisierten Welt liegt in ihren hochkomplexen Systemen, in ihrer Offenheit, ihrer Toleranz, aber auch ihrer geringen Bereitschaft, für ihre Sache zu leiden. Was resultiert, ist ernüchternd und erschreckend zugleich: Macht ist nicht gleich Macht, weil die Verletzlichkeit höchst ungleich ist. Betrachtet man die Zellen von Terroristen, die in Molenbeek und in den Banlieues von Paris, als «Schläfer» in harmlosen Wohnungen untergetaucht, auf ihren final-letalen Einsatz warten, so trifft das Phänomen der Asymmetrie gewiss zu. Entsprechend schwierig gestaltet sich die Kampfführung. Wir kommen darauf in den Kapiteln 4 und 5 zurück.

Im Fall des IS gibt es aber eine klar lokalisierbare Basis, die genauso verletzlich ist wie jede Infrastruktur westlichen Zuschnitts. Vor uns liegen Landkarten von Syrien, auf denen unter anderem das Herrschaftsgebiet des «Kalifats» nachgetragen und Erdölquellen und Raffinerien eingezeichnet sind. Laut einem Hintergrundbericht der Financial Times werden im wichtigsten Erdölfeld Deir ez-Zor, welches vom IS beherrscht wird, täglich zwischen 34'000 und 40'000 Barrel Rohöl gefördert. Durch Direktverkäufe an Händler, welche das Gebiet des Kalifats versorgen, und Schmuggler, die das Öl ins Ausland, vermutlich vorab nach Irak und in die Türkei (!) verbringen, nimmt der IS pro Tag netto über 1,5 Mio. Dollar ein. Es mutet schon ein wenig seltsam an, dass ein Gegner, dem sowohl die Amerikaner als auch die Russen den Kampf angesagt, dem die Franzosen sogar den «totalen Krieg» erklärt haben, seine Erdöl- und damit Geldquellen so munter sprudeln lassen kann. Oder umgekehrt argumentiert: In Bezug auf die Verletzlichkeit hat der Krieg gegen den IS *in* dessen beanspruchtem Territorium mit Sicherheit noch nicht den Höhepunkt erreicht.

Was *in Syrien* vor sich geht, ist ein ganz *gewöhnlicher Krieg*, der mit Asymmetrie nichts zu tun hat. Er verläuft, wie jede kriegerische Auseinandersetzung, entlang der drei Bestimmungselemente

- eigenes / gegnerisches Bedrohungspotential ↔ eigene / gegnerische Verletzlichkeit
- Fähigkeit, Verbündete zu finden und zu binden
- Wille, zu obsiegen bzw. Bereitschaft, Opfer auf sich zu nehmen

Es steht ausserhalb jeden Zweifels, dass in einer konventionellen Auseinandersetzung das erste Bestimmungselement von Bedrohungspotential und Verletzlichkeit klar zulasten des Kalifats ausfallen müsste, denn dessen Mittel sind beschränkt, und die Verletz-

lichkeit ist, wie gesagt, gegeben. Wo es in Syrien harpert, ist beim Bestimmungselement zwei und drei. Ganz offensichtlich ist es *schwer, Einigkeit* unter den Gegnern des IS zu erzielen. Vor allem geht die Rechnung «der Gegner meines Gegners ist mein Freund» nicht auf. Denn bei den Gegnern des Gegners stehen sich Russen und Amerikaner, Türken und Kurden, Saudis und Iraner gegenüber. Der Erfolg des IS ist das Spiegelbild dieser Konstellation. Würde Einigkeit herrschen, wären die Tage des Kalifats bald gezählt. Kommt dazu, dass der Wille zu Obsiegen vermutlich nur für die Kurden hundertprozentig zutrifft, währenddem alle anderen Kriegsparteien mehr oder weniger à contrecœur mithalten und zu viele, von den Saudis über die Iraner bis zu den Türken, von der Weiterexistenz des IS auch ein wenig profitieren. Entschlossenheit sieht anders aus, und daran kann auch die Entsendung des Flugzeugträgers «Charles de Gaulle» durch die Franzosen nichts ändern. Jenes Schiff wurde schon unzählige Male lautstark entsendet und kehrte dann still und leise nach Toulon zurück. Zudem kann man einen «totalen Krieg», wie ihn Präsident Hollande ausgerufen hat, nicht mit Luftschlägen allein gewinnen. Ohne massiven Truppeneinsatz am Boden geht nichts. Klammerbemerkung: Zumindest intellektuell konsequent wäre es, die Alternative zur halbherzigen und mithin ziemlich ergebnisarmen Kriegsführung, nämlich den Waffenstillstand und die de-facto-Anerkennung des IS als neuem Staatsgebilde in Syrien und Irak zu erwägen. Es ist nicht so eindeutig, dass die Gesamtlage dadurch schlimmer würde, als sie es heute ist.

Da sich aber an der gegenwärtigen Konstellation kaum etwas Entscheidendes ändern wird, wagen wir die Voraussage, dass das Kalifat des IS noch über längere Zeit so weiterexistieren und sein Unwesen in alle Welt hinauszutragen versuchen wird. Das Kalifat ist mit einem Tumor vergleichbar, der sich mittels Metastasen zu multiplizieren versucht. Die Metastasen entfalten ihr höchstes Wirkungspotential dort, wo sie auf geschwächte Organismen treffen – wie in Paris und Brüssel soeben geschehen.

KAPITEL 4

Freiheit und Sicherheit

Es wird dem zivilisierten Westen und mithin Europa deshalb wohl oder übel nichts Anderes übrig bleiben, als vor Ort, das heisst in Paris, Brüssel, Berlin, Bern und auch Winterthur für Sicherheit zu sorgen, zumal neben dem IS ja auch noch ähnlich gefährliche Zivilisationsgegner wie Al-Qaida und Boko Haram auf ihre Gelegenheit zu zerstörerischen Einsätzen warten. Die Frage ist nur: wie? Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 quält sich die zivilisierte Welt mit der Frage der Kampfführung *innerhalb* einer funktionierenden und weitgehend friedlichen *Gesellschaft*

herum. Leider, muss man angesichts der jüngsten und immer brutaler ausfallenden Ereignisse nüchtern feststellen, mit nur beschränktem Erfolg.

Wenn man den Calculus der Auseinandersetzung gegen den Terror zu Ende denkt, dann kann er von der zivilisierten Welt eigentlich nur gewonnen werden, wenn man das gegnerische Bedrohungspotential so schnell als möglich, am besten präventiv und dann nachhaltig auf Null setzt. Jede Halbheit, jegliches Dulden schafft wegen der Asymmetrie der relativen Verletzlichkeit eine für die zivilisierte Welt als unerträglich wahrgenommene Situation. Es steht ausser Frage, dass dies gerade auch die am Fortgang der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Interessierten besonders beschäftigen muss. Denn die Unsicherheiten, welche der internationale Terror nach sich zieht, treffen die Wirtschaft, den Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital, im Herzen. Auf die Dauer höhere Transaktionskosten, ja, bis hin zur physischen Verunmöglichung von internationalem Tausch und Handel sind denkbare Extensionen des bisher Gehabten und Erlittenen. Es müsste «nur» einmal eine schmutzige Bombe mit etwas Nuklearabfall in einen grösseren Hafen gelangen und dort explodieren.

Ist die zivilisierte Welt überhaupt in der Lage, in aller Konsequenz den Kampf zu führen? Welches könnten die Mittel sein, die zum Erfolg führen, ohne dass man sich selber just in Frage stellt? Der Kampf gegen den Terror hat für die zivilisierte Welt ja offenkundig eine paradoxe Komponente. Die zivilisierte Welt ist zivilisiert, weil sie ihren Bürgern Eigenverantwortung und Freiheit zugesteht. Sie ist zivilisiert, weil sie nicht alles und jedes kontrollieren, sondern weil sie bewusst den Dingen freien Lauf lassen will. Ihre gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Stärke liegt gerade in dieser Bereitschaft, spontanen Entwicklungen Raum zu geben und Altes, Marodes durch Neues und Besseres verdrängen zu lassen. Die zivilisierte Welt ist zivilisiert, weil sie weiss, dass spontane Entwicklungen nur dann entstehen können, wenn eine genügend freizügig gestaltete Privatsphäre den Querdenker vor dem Establishment und seinen Schutzmechanismen schützt.

Und genau bei dieser Privatsphäre muss nun unglücklicherweise die Terrorbekämpfung ansetzen! Nicht in Syrien oder im Irak, sondern auch in Zürich, in Frankfurt und London. Die Notwendigkeit, das Bedrohungspotential von Terroristen möglichst präventiv auf null zu setzen, führt in der Konsequenz zur Notwendigkeit der lückenlosen Überwachung der ganzen Welt. Das sind ungemütliche Aussichten. Die Bekämpfung des Terrors durch die freie Welt müsste so auf einen weltweiten Polizeistaat erster Güte hinauslaufen. Womit sich die freie Welt selber abschafft hätte.

In Amerika wurde nach 9/11 allen Ernstes über die Wiedereinführung der Folter diskutiert, ja, sie wurde an geheimen Orten vermutlich auch praktiziert. In England wurde die jahrhundertealte Regel des *Habeas Cor-*

pus, also des Verbots unrechtmässiger Gefangennahme, im Falle von Terrorverdacht über Bord geworfen. In Jemen wird in völliger Missachtung des Völkerrechts mit militärischen Mitteln und ohne schlüssige Beweise die Vernichtung von Hauptverdächtigen und deren Gefolgsleute und Angehörigen mittels Drohnen ausgeübt. Die zivilisierte Welt ist laufend gezwungen, Allianzen mit Regierungen fragwürdigster Qualität zu schmieden. Bei allem Verständnis für, ja der Einsicht der Notwendigkeit von Abwehrreflexen muss man sehen, dass das Paradox bereits am Laufen ist: Man will die «Rule of Law» retten und kann dies nicht tun, ohne dass man deren Prinzipien selbst verrät.

Das Thema des Schutzes der freien Welt vor weiteren tödlichen Terroranschlägen, ohne am Ende einem unerträglichem Staatsterror anheimzufallen, ist weit davon entfernt, ausdiskutiert zu sein. Die Frage ist absolut existentiell. Und sie ist spätestens seit 9/11 konkret. Denn seither begann unter dem Titel der Terrorbekämpfung eine staatliche Instanz nach der andern ihren eigenen Interessensbereich auszubreiten. Und solche Interessensbereiche gibt es ja wahrlich genug: den Kampf gegen die Pornografie, den Kampf gegen den Drogenhandel, den Kampf gegen den Menschen- und Zigarettenschmuggel, den Kampf gegen Kartelle aller Art, den Kampf gegen die Kinderarbeit, den Kampf gegen manipulierte Dieselmotoren, den Kampf gegen die Steuerhinterziehung und gegen die Kapitalflucht. Gewiss, alles wichtige Problemkomplexe, aber alles in allem eben doch *nicht* von der Qualität einer *tödlichen Bedrohung* für das System als Ganzes, wie es der Terrorismus darstellt. Zum einen ist ja die Gefahr gross, dass bei einer extensiven Interpretation des Informationsbeschaffungs- und Verfolgungsauftrags zu viel letztlich irrelevante Information anfällt und der ursprünglichen Auftragserfüllung im Wege steht. Was aber viel schlimmer ist: Das System wendet sich, je nebensächlicher die Delikte sind, immer mehr gegen die eigenen Bürger und wird totalitär.

So haben der amerikanische «Patriot Act», als notrechtliches Instrument gegen den internationalen Terrorismus erdacht, und vergleichbare, das Grundrecht der Bürger relativierende Gesetze in anderen westlichen Ländern im wesentlichen den diskretionären Raum des Staates gegenüber dem Bürger erhöht, ohne dem Problem des Terrorismus wirklich Herr zu werden. Etwas überspitzt gesagt: Im Dilemma Freiheit und Sicherheit hat bis anhin der Bürger Freiheit zugunsten einer Totalkontrolle aller möglichen Vorgänge verloren, ohne an Sicherheit gewonnen zu haben.

Wir beschäftigen uns in der Folge mit möglichen Auswegen, die zwar das angesprochene Dilemma nicht ausräumen, denn das ist, wie gesagt, gar nicht möglich. Freiheit und Sicherheit sind gegensätzlicher und sich bedingender Natur zugleich. Aber es ist möglich, Wege zu erdenken, welche das Dilemma in seinen negativen Auswirkungen erträglicher machen und bei denen das Hauptproblem, die Sicherheitsfrage nämlich, wenigstens nicht aus den Augen verloren geht.

Spezialitätsprinzip versus Breitband-Chemo

Kommen wir zunächst auf die in Kapitel drei aufgestellten Bestimmungselemente für Erfolg oder Misserfolg in einer Auseinandersetzung zurück, nämlich Bedrohungspotential und Verletzlichkeit, Fähigkeit zur Koalitionsbildung und Entschlossenheit zum Obsiegen. Und rufen wir uns in Erinnerung, dass die Konstellation für die zivilisierte Welt deshalb so prekär ist, weil sich bei Terroristen aus der Bereitschaft zur Selbstaufopferung eine Art Unverletzlichkeit ergibt, welche den unmittelbaren Schutz vor ihnen und ihren Kampfeinsätzen schwierig, ja aussichtslos macht. Was nützen Heerscharen von Wachleuten und Soldaten an neuralgischen Örtlichkeiten, wenn es einer lebenden und wandelnden Bombe egal ist, sich selber in die Luft zu sprengen? Wenn Terroristen so weit kommen, dass sie auf Wachen treffen, ist es eigentlich schon zu spät. Die Terrorabwehr hat bereits versagt. Es führt deshalb kein Weg an einer wirksamen Prävention vorbei. Terroristen müssen vor ihrem Einsatz ausgeschaltet werden. Also dann, wenn sie noch im normalen Leben stehen und ihre Vorbereitungshandlungen im Geheimen durchführen. Der *Freund-/Feinderkennung*, der möglichst frühzeitigen und eindeutigen Unterscheidung zwischen «Gut» und «Böse», kommt dabei entscheidende Bedeutung zu. Denn der präventive Kampf wird zwingend mit dem «normalen Leben» in Berührung kommen; es werden Familienmitglieder, möglicherweise unschuldige, mitbetroffen sein. Es wird unvermeidlich zu Fehleinsätzen gegen echt Unbeteiligte und Harmlose kommen; das Führen einer asymmetrischen Auseinandersetzung innerhalb einer funktionierenden Zivilisation ist äusserst anspruchsvoll und keinesfalls frei von Opfern.

Unsere Sichtweise läuft auf die Clausewitz'sche Konzentration der Mittel auf das Wichtigste hinaus: Die staatlichen und überstaatlichen Instanzen sollten im Kampf gegen den Terrorismus auf *sehr eng definierte Prioritäten* beschränkt werden. Als Korrelat zu dieser Konzentration auf das eine und nur das eine Ziel müssen sie dagegen mit dem höchsten denkbaren Anspruch auf Ausübung des Gewaltmonopols ausgestattet sein, um überhaupt erfolgreich sein zu können. Ihr Auftrag muss ein Vernichtungsziel in militärischem Sinne sein und nicht ein polizeiliches und mithin relatives, das den Terroristen die Gnade eines Gerichtsverfahrens einräumt. Und der ganze Rest der «auch noch im öffentlichen Interesse» liegenden Themen, auch wenn es sich um strafrechtlich relevante Fragen handelt, muss zwingend ausserhalb dieses Vollmachtsregimes gehalten werden. Weshalb?

Es geht um die Positionierung der Terrorismusbekämpfung in den Bestimmungselementen zwei und drei. Zunächst zum zweiten Element, der Fähigkeit, Verbündete zu finden und zu binden: Die logische

Verbündete der den Terrorismus bekämpfenden Instanz muss die gesamte Zivilgesellschaft sein. Die gesamte! Das heisst, bis ganz hinaus in die letzten Kapillaren der Gesellschaft, in die Ghettos der Zugewanderten, zu den Randständigen, zu den Kriminellen. Woran kranken Stadtquartiere wie Molenbeek oder die Banlieues im Westen und Osten von Paris? Am Umstand, dass die Bewohner angesichts ihrer eigenen, oft halb- bis ganz-kriminellen Existenz logische Verbündete der Terroristen werden und diese lieber decken, als sich selber durch Zusammenarbeit mit den Behörden (Denunziation) in Gefahr zu bringen.

Aber es geht nicht nur um Banlieues oder Randständige, sondern es geht um den ganz normalen Citoyen wie dich und mich. Vorausgesetzt, wir hätten die Gewissheit, dass Datenerhebungen und -auswertungen, welche es zur zielgenauen Freund-/Feinderkennung von Terroristen gewiss braucht, für jenen und nur für jenen Zweck verwendet würden – wie gerne wären wir bereit, auf einen Teil unserer Privatsphäre zu verzichten! Frag- und widerstandslos würden wir unsere Handynummer, unsere Profile auf allen möglichen Plattformen der Social Media, unsere IP-Adresse, unsere kryptographisch geschützten Kommunikationskanäle einer glaubhaft auf das einzige Ziel der Terrorismusprävention ausgerichteten Instanz zur Verfügung stellen. Der Datenhunger des seit 9/11 um sich greifenden Staatsmolochs hat uns aber leider indirekt zum Verbündeten jener gemacht, für deren Zielsetzung Heimlichkeit existentiell ist. Ein Tiefschlag in dieser Hinsicht war gewiss die Nachricht, dass US-Stellen zum Zwecke der Terrorismusbekämpfung gewonnene Personendaten über den Flugverkehr zur kommerziellen Auswertung freigaben. Aber das Problem des zu breit gefassten, in Richtung von Totalkontrolle gehenden Daten-Vollmachtsregimes ist selbstverständlich viel praktischer: Wenn alle, die in ihrem Leben einmal Haschisch oder ähnliches konsumiert haben und wegen dieser datenmässig erfassten Vortat querbeet als Sicherheitsrisiko eingestuft werden und somit nie mehr eine Stelle finden, dann dürfen sich zwar die moralisierenden Saubermänner dieser Welt glücklich schätzen, dem Kampf gegen den Terrorismus hat man aber in entscheidender Weise geschadet. Denn man verliert genau jene Verbündete, die Freunde der Freiheit, die man für den Kampf so dringend benötigen würde.

Ein Breitband-Chemotherapeutikum, mit welchem man die halbe Gesellschaft kriminalisiert und beschädigt, ist unseres Erachtens bei weitem weniger zielführend als ein sehr gezielt einsetzbares Medikament, bei dem zudem die vorhandenen Immunkräfte in der Gesellschaft geweckt und nicht noch unabsichtlich oder absichtlich geschwächt werden. Die Rechtswissenschaft kennt das Spezialitätsprinzip, welches die Wirkung staatlicher (Zwangs-)Massnahmen auf vordefinierte Bereiche beschränkt. Ob Medizin oder Rechtswissenschaft oder Krieg gegen den Terrorismus: Gezielte Wirkung ist eher zu erreichen, wo alles nicht zur Sache Gehörende wegfällt. Es gilt,

in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus das ganz Böse vom relativ Guten zu trennen, und nicht, unter dem Vorwand der Terrorismusabwehr das (nur relativ) Gute dem ganz Bösen zuzuschlagen.

KAPITEL 6

Obsiegen: eine mentale Frage

Das dritte Bestimmungselement, die Entschlossenheit, den Kampf zu gewinnen, hat eine materielle und eine mentale Komponente. Entschlossenheit kann töricht und mutwillig sein, wenn der Kampf materiell gesehen aussichtslos erscheint. Die immer wieder vorgebrachte Klage über die Asymmetrie der Auseinandersetzung ist, so korrekt sie in Bezug auf die beschriebene Verletzlichkeit auch erscheinen mag, insgesamt doch recht unbeholfen und übertrieben. Denn wenn man bedenkt, welche Mittel der zivilisierten Welt wirklich zur Verfügung stünden, wenn man sie denn wirklich anwenden würde, und wenn man weiter bedenkt, dass an der Ursprungsquelle des Übels, nämlich in Syrien, «nur» ein symmetrischer Krieg zu führen wäre, dann ist nicht so leicht zu verstehen, weshalb die Auseinandersetzung für die zivilisierte Welt bis anhin dermassen negativ ausfällt.

Das Problem muss folglich mentaler Natur sein. Oft war in der Vergangenheit vom Aufeinanderprallen von Kulturen und Religionen die Rede, und immer wieder tappten namentlich westliche Intellektuelle in die Falle der Relativierung terroristischen Greuels unter Hinweis auf die alles andere als unblutige Geschichte des Christentums. Als Verfasser der *bergsicht* neigen wir, unter anderem auch wegen enger und sehr freundschaftlicher Beziehungen zu friedfertigen und kultivierten Muslimen, einer Sichtweise zu, in welcher die Bedeutung der Religion zurücktritt hinter eine Ideologie des *kriminellen Faschismus*, wie er vermutlich in jeder Religion und Kultur entstehen kann. Natürlich, es stimmt, es gibt die zur Gewalt aufrufenden Suren im Koran. Entsprechende Stellen finden sich aber auch im Alten Testament der Bibel. Und ja, es trifft zu, dass sich die Terroristen in unmittelbarer Erwartung eines glorreichen Jenseits in die Luft sprengen. Ähnlich unbedingte Opferbereitschaft konnte aber auch im Hitlerfaschismus, im entsprechenden Pendant bei den Japanern und auch bei Stalins Kommunisten erzeugt werden.

Krimineller Faschismus will heissen, dass um einen eigentlich inhaltslosen Kern ein totalitäres Gebilde entsteht, das sämtliche anderen Werte negiert, und weil inhaltslos, sich gar nicht in Beziehung zu anderen Werten setzen kann. Genausowenig kann es den Vertretern anderer Werte gelingen, dem sich selber verabsolutierenden kriminellen Faschismus zu begegnen. Die Auseinandersetzung ist im eigentlichen Sinne des Wortes nutzlos. «Verstehen-Wollen» hat

keinen Sinn. Die Kriminalität ist Spiegelbild des nihilistischen Kerns, wer Barmherzigkeit oder andere menschliche Regungen erwartet, liegt kreuzfalsch.

Unsere von Wertevielfalt und Relativierung gezeichnete moderne Welt tut sich schwer mit einem Phänomen, das rundweg der moralischen Antimaterie zuzuordnen ist. Durch die Aufklärung haben wir uns vom prinzipiell Bösen beziehungsweise vom Teufel als Person verabschiedet, doch siehe da – kaum verbannt, ist das Böse wieder da. Für uns steht ausser Zweifel, dass sich die zivilisierte Welt, gerade wenn sie das weitgehende «Anything Goes» hochhalten will, mental dazu durchringen muss, das absolute «No-Go» zu definieren. Ein solches «No-Go» verfügt durchaus über eine hinreichende weltanschauliche Verankerung und damit Legitimierung. Sie ergibt sich durch die aus den jüdisch-christlich-hellenischen Wurzeln erwachsene Aufklärung, welche zum Beispiel in der Erklärung der Menschenrechte ihre explizite Verankerung fand. Solchermassen auf- und ausgerüstet, das heisst wissend, dass man das Richtige tut und dass der Gegner nicht den Hauch von Recht hat, müsste der Kampf gegen den Terror zu gewinnen sein. Die Frage ist selbstverständlich, ob die zivilisierte Welt überhaupt in der Lage ist, sich zu einer solchen mentalen Veränderung durchzuringen. Zweifel sind angebracht.

KAPITEL 7

Die unvermeidliche Debatte

Die geistige Reise in dieser *bergsicht* führte vom krisengeschüttelten Belgien über das kriegsversehrte Syrien und die den internationalen Terror als Vorwand für die Machtausbreitung missbrauchende Staatenwelt bis hinauf in die Höhen weltanschaulicher Fragestellungen. Bleibt nun allerdings die praktische Fragestellung: Wer tut nun was, beziehungsweise, wer müsste was tun? Die Frage ist differenziert zu beantworten.

Was den *klassischen Krieg* in Syrien betrifft, haben wir die Antwort schon gegeben. So wünschbar es auch wäre, dass eine Einheitsfront gegen den IS vorgeht, so unwahrscheinlich wird dies bleiben. Der IS wird weiterhin von den Partikularinteressen der verschiedenen Parteien profitieren, und wir werden von Glück reden müssen, wenn es beim Abschuss eines Flugzeugs unter vermeintlichen Kampfesgenossen bleibt. So einheitlich die Weltmeinung zu Beginn des Afghanistan-Feldzugs nach 9/11 schien, so divergent erweist sich heute das Bild in Syrien. Das Muttergeschwür IS wird in seinem Stammland weiterwuchern können, Ableger in Libyen und anderswo ernähren und Metastasen nach Europa aussenden können. Ob es den Franzosen gelingt, die Nato tatsächlich zu dem von ihnen angerufenen Verteidigungsfall zu bewegen, ist fraglich. Die Zeiten, da ein deutscher Verteidigungsminister

(Struck) gesagt hatte, die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland beginne am Hindukusch, sind schon seit langer Zeit vorbei. Und die Türkei wird sich gegen jegliche Massnahmen zur Wehr setzen, die den Kurden auch nur ein klein wenig Chancen einräumen, der Eigenstaatlichkeit näherzurücken.

Was die Bekämpfung des Terrorismus *innerhalb* der zivilisierten Welt betrifft, so wird es das, was aus grundsätzlichen Überlegungen vielleicht logisch wäre, nämlich eine internationale Task Force, nicht geben. Der EU fehlen die dazu notwendigen ultimativen Mittel. Das Vertrauen in ihre Institutionen fehlt völlig, zumal sie keine Anstalten trifft, einen adäquaten Ersatz für Dublin und Schengen zu finden, und ihre Führungselite sich in volksfernem Euphemismus bezüglich aller realen Probleme übt. Was wir ohnehin seit einiger Zeit beobachten, ist eine vermehrte Hinwendung zu den nationalen Strukturen, die zum Teil noch intakt sind und von denen der Bürger annimmt, dass sie eher der politischen Kontrolle unterliegen als alles Überstaatliche. Man kann dies am Beispiel von Frankreich nun sehr deutlich sehen. Der sonst ziemlich farb- und erfolglose Präsident Hollande hat nach dem 13. November 2015 an Format gewonnen und macht ganz offensichtlich einiges richtig. Jedenfalls hat er verstanden, dass es nun seine vordringliche Aufgabe ist, in seinem Land das Vertrauen wiederherzustellen. Ähnlich national ausgerichtet agiert der britische Premier Cameron, der seinem Volk nur auf diese – Souveränität suggerierende – Art beweisen kann, dass der Austritt aus der EU vielleicht doch nicht notwendig ist.

Aus prinzipieller Sicht ist die Verankerung der inneren Sicherheit auf subsidiärer Stufe ohnehin im eigentlichen Sinne des Wortes naheliegender. Dies gilt ganz besonders für die stipulierte, klar fokussierte, mit präventiver und brutaler Vollmacht ausgerüstete Antiterrorinstanz. Sie ist für Rechtsstaat und unbescholtene Einwohner am wenigsten gefährlich, wenn sie bürgernah und territorial beschränkt ihre Einsätze durchführt. Gefährliche Instrumente gehören aufs engste kontrolliert, was überstaatlich kaum möglich ist. Ebenfalls aus prinzipiellen Überlegungen würden wir eine solche Instanz der auf absolute Einsätze ausgerichteten Armee und nicht der Polizei zuordnen, welche angemessen und damit relativ handeln muss. Territoriale Beschränktheit schliesst im übrigen sehr weitgehende internationale Zusammenarbeit im nachrichtendienstlichen Bereich nicht aus.

Hinwendung zur subsidiären Stufe: Im Klartext geht es auch hier um die Frage der Nation. Sie war der Elite und den Intellektuellen lange Zeit suspekt. Die Ereignisse von Paris könnten das Blatt gewendet haben. Der gewiss unverdächtige amerikanische Soziologe Mark Lilla bemerkt dazu in einem Essay (NZZ vom 28.11.15): «Es bleibt die Frage, ob die politische und intellektuelle Klasse Frankreichs, sobald der Schock verwunden ist, auf einige weitere liebgewonnene Illusionen verzichten will: dass nämlich der Nationalstaat

überholt sei und suspekt. Und dass man sich über solche Dinge nicht unterhalten könne, ohne ein Erreaktionär zu sein.» Uns scheint dringlich, dass eine solche «Unterhaltung» stattfindet. Denn die Angelegenheit könnte auch kippen. Wenn in Europa immer mehr rechtsradikale Kräfte politischen Auftrieb erhielten, dann wäre das nicht deren Verdienst, sondern die Schuld der überheblichen, die wirklichen Probleme der Bürger vernachlässigenden Eliten. Die Sorge um ein funktionierendes, dem Bürger dienendes, glaubwürdiges Gemeinwesen darf man nicht radikalen Fanatikern überlassen! Wir wollen zur Weihnachtszeit 2015 nicht den Teufel an die Wand malen. Zumeist hilft es, ihn genannt zu haben, um ihn zu bannen.

KH, 7. DEZEMBER 2015

M1 AG
Postfach 344, Museumstr.1
9004 St.Gallen – Schweiz
Telefon +41 (0) 71 242 16 16
Telefax +41 (0) 71 242 16 17
info@m1ag.ch

Abonnieren: www.bergsicht.ch